

NIEDERSCHRIFT

über die **1.** Sitzung des
**des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und
Katastrophenschutz**
(XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **27.01.2015**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr
Den Vorsitz führte: Bernd Ramakers

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Heiner Cöllen
2. Herr Hans Ludwig Dickers
3. Herr Karl-Heinz Ehms
4. Frau Dr. Claudia Hambloch Vertretung für Herrn Alexander Klömpges
5. Herr Thomas Jung
6. Frau Margarete Kranz
7. Herr Florian Merker
8. Herr Dieter Polak
9. Herr Bernd Ramakers

• SPD-Fraktion

10. Frau Diana Geldermann
11. Herr Harald Holler
12. Frau Sabine Kühl
13. Herr Hans-Georg Schiffer
14. Herr Johannes Strauch

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15. Herr Matthias Molzberger
16. Frau Angela Stein-Ulrich Vertretung für Herrn Christian Gaumitz

• FDP-Fraktion

17. Herr Hermann-Joseph Gruhl
18. Herr Rolf Kluthausen

Vertretung für Herrn Bodo Dirk Aßmuth

- **AfD**

19. Herr Karl-Heinz Rönne

- **Die Linke/Piraten-Fraktion**

20. Herr Oliver Schulz

- **Verwaltung**

21. Herr Dezernent Ingolf Graul
22. Herr Hans-Joachim Klein

- **Schriftführerin**

23. Frau Birgit Niesen

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
	Öffentlicher Teil:	4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	4
2.	Verpflichtung von sachkundigen Ausschussmitgliedern Vorlage: 32/0401/XVI/2015	4
3.	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin Vorlage: 32/0402/XVI/2015	4
4.	Kurzvorstellung der Aufgaben der Produktgruppe 32.4 (Gefahrenabwehr, Gefahrenvorbeugung)	4
5.	Interkommunale Zusammenarbeit (Machbarkeitsstudie) Vorlage: 32/0404/XVI/2015	4
6.	Novellierung des Feuerschutzhilfeleistungsgesetzes NRW Vorlage: 32/0405/XVI/2015	5
7.	Novellierung des Rettungsgesetzes NRW Vorlage: 32/0407/XVI/2015	5
8.	Rettungsdienstlicher Bedarfsplan 2014 Vorlage: 32/0414/XVI/2015	6
9.	Digitalfunk Vorlage: 32/0415/XVI/2015	6
10.	Beschaffung Mobile Pressestelle Vorlage: 32/0416/XVI/2015	7
11.	Standortkataster Defibrillatoren	7
12.	Stufenplan Rhein-Kreis Neuss	8
13.	Warnung der Bevölkerung	8
14.	Anfragen und Mitteilungen - Einsatzleitwagen 2 -	8

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Ausdrücklich sprach Herr Ramakers Frau Meis sowie den nicht mehr tätigen Ausschussmitgliedern seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Herr Dickers bat um Erweiterung der Tagesordnung mit den Tagesordnungspunkten „Defibrillatorkataster“ (Tagesordnungspunkt 11) und „Stufenplan Katastrophenschutzfahrzeuge“ (Tagesordnungspunkt 12). Gegen die Erweiterung wurden keine Einwände erhoben.

Frau Kühl bat um eine verbesserte Kennzeichnung der Tagesordnungspunkte nebst deren Anlagen.

2. Verpflichtung von sachkundigen Ausschussmitgliedern

Vorlage: 32/0401/XVI/2015

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende verpflichtete die sachkundigen Bürger im Ausschuss gemäß § 8 Abs. 4 der Hauptsatzung des Rhein-Kreises Neuss unter Verwendung der Verpflichtungsformel: „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. (So wahr mir Gott helfe).“

3. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Vorlage: 32/0402/XVI/2015

Protokoll:

Frau Birgit Niesen wurde zur Schriftführerin des Ausschusses und Herr Hans-Joachim Klein zum stellvertretenden Schriftführer für die Dauer der XVI. Wahlperiode bestellt. Gegen die Bestellung erhoben sich keine Einwände.

4. Kurzvorstellung der Aufgaben der Produktgruppe 32.4 (Gefahrenabwehr, Gefahrenvorbeugung)

Protokoll:

Herr Klein stellte dem Ausschuss die Aufgaben der Produktgruppe 32.4 im Rahmen einer Präsentation vor.

5. Interkommunale Zusammenarbeit (Machbarkeitsstudie)

Vorlage: 32/0404/XVI/2015

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende berichtete, dass sich der Ausschuss bereits ausführlich in

der vergangenen Wahlperiode mit den Auswirkungen des demographischen Wandels in den Bereichen Katastrophenschutz, Feuerschutz und Rettungsdienst beschäftigt und beschlossen habe, eine entsprechende Machbarkeitsstudie hierüber in Auftrag zu geben.

Das von der Verwaltung beauftragte Fachplanungsbüro für die Machbarkeitsstudie zur interkommunalen Zusammenarbeit konnte in der Sitzung zu den thematischen Schwerpunkten nicht Stellung beziehen.

Herr Graul führte aus, dass unter Beachtung der heterogenen Struktur der Wehren im Rhein-Kreis Neuss Synergien herausgearbeitet werden sollen.

Herr Dickers ergänzte, dass nur so Handlungsbedarfe (Ausbildung, Materialvorhaltung) für den Rhein-Kreis Neuss erkennbar werden.

Herr Cöllen verwies darauf, dass auch das Arbeitgeberverhalten beleuchtet werden solle, um Handlungsbedarf abzuleiten.

Beschluss:

Der Ausschuss bestätigt einstimmig den Beschluss aus dem Jahr 2014 zur Machbarkeitsstudie, mit dem inhaltlichen Schwerpunkt zu prüfen, ob die Strukturen des ehrenamtlich betriebenen Katastrophenschutzes, des Feuerschutzes und des Rettungsdienstes mit Blick auf den demographischen Wandel noch zeitgemäß sind und Veränderungen notwendig sind. Die Machbarkeitsstudie soll dabei insbesondere auf die Errichtung eines zentralen Ausbildungs- und Logistikzentrums eingehen und konkrete Aussagen zu den Bereichen der Kosten und der Synergieeffekte treffen.

Abstimmungsergebnis:

Nach intensiver Diskussion fasste der Ausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion mit einer Stimmenthaltung und 18 Ja-Stimmen folgenden

6. Novellierung des Feuerschutzhilfeleistungsgesetzes NRW Vorlage: 32/0405/XVI/2015

Protokoll:

Herr Graul erläuterte, dass das Land eine Novellierung des Feuerschutzhilfeleistungsgesetzes NRW plane. Er fasste für den Ausschuss die wesentlichen Änderungsinhalte zusammen und verwies explizit auf die §§ 4, 6, 11 und 35 des Gesetzentwurfes.

7. Novellierung des Rettungsgesetzes NRW Vorlage: 32/0407/XVI/2015

Protokoll:

Herr Ramakers erläuterte den Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit der Novellierung des Rettungsgesetzes NRW und der auf Bundesebene beschlossenen Ablösung des Berufsbildes „Rettungsassistent“ durch das Berufsbild „Notfallsanitäter“.

Herr Zellerhoff sprach die seit 15 Jahren praktizierte Zertifizierung im Rettungsdienst des Rhein-Kreises Neuss über das Rettungsdienstkompendium an. Der freiwilligen Prüfung in der höchsten Stufe haben sich dabei im Jahr 2014 78 Personen unterzogen; insgesamt seien im vergangenen Jahr 130 Rettungsassistenten im Bereich der Erstver-

sorgungsmaßnahmen fortgebildet worden.

Herr Cöllen thematisierte, ob Notfallsanitäter Konkurrenz zu Notärztinnen/Notärzten seien; Herrn Zellerhoff verneinte dies im Hinblick auf den Notarztmangel, die steigenden Einsatzzahlen und den Blick auf schnellstmögliche medizinische Hilfe.

Die Abgrenzung der Notkompetenz zur Regelkompetenz wurde durch Herrn Schulz erfragt, wobei Herr Zellerhoff darauf verwies, dass einheitliche Grenzen schwer festlegbar seien, was unter anderem durch strukturelle und örtliche Gegebenheiten nahezu unmöglich sei.

Herr Zellerhoff führte weiterhin aus, dass auch die Funktion eines Ärztlichen Leiters Rettungsdienst einer gesetzlichen Implementierung bedürfe.

Herr Graul thematisierte zudem die Problematik der Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung. Für den Bereich der Vergabe verwies Herr Graul erneut auf die EU-Bereichsausnahme, nach welcher Direktvergaben dem EU-Recht nicht entgegen stehen.

8. Rettungsdienstlicher Bedarfsplan 2014 **Vorlage: 32/0414/XVI/2015**

Protokoll:

Herr Ramakers erläuterte, dass der Rettungsdienstbedarfsplan alle 4 Jahre angepasst und daher nun fortgeschrieben werden müsse.

Herr Klein präsentierte in einem Vortrag die wesentlichen Eckdaten des Rettungsdienstbedarfsplanes und modifizierte die Anzahl der zusätzlich geplanten KTW.

Herr Graul erläuterte, dass durch die Stadt Dormagen Einvernehmen erklärt worden sei, mit der Stadt Neuss dies in einem Punkt noch ausstehe und die Gespräche mit den Kassen Anfang Februar weiter fortgesetzt würden. Sollte im Ergebnis kein Einvernehmen erreicht werden, müsse die Bezirksregierung Düsseldorf entscheiden.

Auf Nachfrage von Frau Kühl zur Anzahl der Intensivverlegungen führte Herr Zellerhoff aus, dass die Spezialisierung der Krankenhauslandschaft die Fahrten mit steigender Tendenz erforderlich mache.

Als Ergebnis einer intensiven Diskussion im Ausschuss über die Erreichung von Hilfsfristen, die Standorte von Rettungsmitteln, der Notwendigkeit von speziellen Vorhalten für Intensivverlegungen und der Baby-Notarztssysteme regte der Ausschuss an, den Standort für den in Rommerskirchen vorgesehenen Rettungswagen nicht Ortsteil genau festzulegen; hier solle ein Standortangebot der Gemeinde Rommerskirchen abgewartet werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz empfiehlt dem Kreistag einstimmig, den rettungsdienstlichen Bedarfsplan 2014 in der der Einladung beigefügten und durch den Ausschuss modifizierten Fassung zu beschließen.

9. Digitalfunk **Vorlage: 32/0415/XVI/2015**

Protokoll:

Herr Graul erläuterte den Sachstand zur Einführung des Digitalfunks im Land Nord-

rhein-Westfalen. Die technische Anbindung der Kreisleitstelle an das Basisnetz sei jetzt im Dezember 2014 erfolgt. Nun könne das Einsatzleit- und Kommunikationssystem ertüchtigt werden.

Herr Dickers schlug mit Blick auf die neuen Ausschussmitglieder eine Besichtigung der Kreisleitstelle in Neuss vor, die von der Verwaltung außerhalb einer Ausschusssitzung organisiert werden solle.

10. Beschaffung Mobile Pressestelle

Vorlage: 32/0416/XVI/2015

Protokoll:

Herr Graul verdeutlichte, dass zur gesetzlich erforderlichen und effektiven Pressearbeit in einer Schadenslage ein geeignetes Fahrzeug erforderlich sei. Das aus dem Jahr 1980 stammende Fahrzeug sei nicht mehr einsatzfähig. Eine Ersatzbeschaffung sei erforderlich. Die Kosten für die Anschaffung eines Fahrzeuges, welches ähnlich aufgebaut und ausgerüstet sein soll wie die „Mobile Wache“ der Kreispolizeibehörde, betragen bis zu 80.000,- €. Mittel hierfür sind im Haushalt vorhanden.

Herr Holler meldete für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf und bat um Vertagung des Tagesordnungspunktes sowie um Vorlage präzisierender Ausführungen zum Tagesordnungspunkt. (Hinweis der Verwaltung: Die entsprechenden Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt)

Nach ausführlicher Thematisierung der Fahrzeuganforderlichkeit und notwendigen Ausstattung sowie der haushaltstechnischen Abwicklung fasste der Ausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion mit einer Stimmenthaltung und 18 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeuges für den Einsatz als „Mobile Pressestelle“ durchzuführen.

Der Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz beschließt, dem Kreistag zu empfehlen, Mittel für eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 80.000,- € gemäß § 83 GO NRW i.V.m. § 53 KrO NRW für das Haushaltsjahr 2015 im Budget 020.128.010 bereitzustellen; die Mehrauszahlungen werden im Gesamthaushalt gedeckt.

11. Standortkataster Defibrillatoren

Protokoll:

Herr Dickers erläuterte den ergänzend in die Tagesordnung genommenen Punkt und verwies insbesondere auf die lebensrettende Bedeutung des frühzeitigen Einsatzes von Defibrillatoren.

Beschluss:

Der Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz beauftragt einstimmig die Verwaltung, die im Rhein-Kreis Neuss aufgestellten automatisierten externen Defibrillatoren (AED) in einem Verzeichnis festzuhalten, gegebenenfalls fortzuschreiben, das Verzeichnis in der Kreisleitstelle zu hinterlegen und im Internet und nach Möglichkeit auch in den sozialen Netzwerken zu veröffentlichen.

12. Stufenplan Rhein-Kreis Neuss

Protokoll:

Herr Ramakers erläuterte, dass zur Unterstützung des Ehrenamtes in den Einsatzeinheiten des Katastrophenschutzes geprüft werden sollte, in welchem Umfang das technische Equipment mit finanzieller Unterstützung des Kreises auf dem Stand der Technik gehalten werden könne. In der Vergangenheit habe sich hier ein Stufenplan als sinnvoll erwiesen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz beauftragt einstimmig die Verwaltung, mit den Hilfsorganisationen einen Stufenplan zu entwickeln, in dem der zeitliche und finanzielle Rahmen für Neu- und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten sowie Einsatzmaterialien für den Katastrophenschutz aufgelistet sind. Der Stufenplan wird dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt.

13. Warnung der Bevölkerung

Protokoll:

Herr Klein erläuterte das Projekt „Modulares Warnsystem (MoWaS)“ und ging insbesondere auf die Aspekte „Weckfunktion“ und „Informationsfunktion“ ein.

Herr Dickers betonte die Bedeutung einer flächendeckenden Sirenenvorhaltung für eine effektive Warnung der Bevölkerung.

14. Anfragen und Mitteilungen - Einsatzleitwagen 2 -

Protokoll:

Herr Graul teilte mit, dass der Einsatzleitwagen II im Mai/Juni 2015 ausgeliefert werde und die Rettungswache Frimmersdorf/Neurath am 25.01.2015 durch den Rettungsdienst bezogen wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Dickers erläuterte Herr Klein den Sachstand zur Erneuerung der digitalen Alarmierung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Bernd Ramakers um 19:45 Uhr die Sitzung.

Gez.

Bernd Ramakers
Vorsitz

Gez.

Birgit Niesen
Schriftführung

Anlage zu TOP 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 27.01.2015

Ersatzbeschaffung Mobile Pressestelle

Die Aufgaben des Krisenmanagements durch die Krisenstäbe der Kreise werden auf der Grundlage der §§ 1 Abs.3, 4 und 33 Abs. 3 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG) im Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW vom 04.10.2013 näher beschrieben und konkretisiert.

Bestandteile der Arbeit des Krisenstabes sind die Bevölkerungsinformation und die Medienarbeit. Zur Medienarbeit zählen unter anderem die Durchführung von Pressegesprächen vor Ort und die regelmäßige aktuelle Versorgung der Medienvertreter mit Einsatzinformationen.

Um eine ungestörte Aufgabenerledigung durch die Einsatzleitung sicherzustellen, ist es sinnvoll, die Medienvertreter am Schadensort an einer Stelle zu konzentrieren und ihnen dort die Möglichkeit zu verschaffen, ihrer Aufgabe nachzugehen. Darüber hinaus steht den Medienvertretern an der „Mobilen Pressestelle“ eine erfahrene und kompetente Führungskraft zur Verfügung.

Bei der Ersatzbeschaffung der Mobilen Pressestelle soll auf folgende Aspekte besonderer Wert gelegt werden:

- Das Fahrzeug soll ohne Inanspruchnahme von Feuerwehrkräften schnell und einfach an den Einsatzort gebracht werden können;
- Die technische Inbetriebnahme muss benutzerfreundlich sein;
- Die technische Ausstattung des Fahrzeuges muss eine Kommunikation mit der Einsatzleitung und dem Krisenstab ermöglichen; darüber hinaus muss die Herstellung und Vervielfältigung von Pressemeldungen möglich sein;
- Das Fahrzeug muss von den Medienvertretern auf den ersten Blick als ihre Anlaufstelle erkennbar sein;
- Das Fahrzeug soll unterhalb der Großschadenslage den Presseämtern der kreisangehörigen Kommunen für die Medienarbeit bei größeren Brandeinsätzen zur Verfügung gestellt werden können;

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Niederschrift	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 10 Beschaffung Mobile Pressestelle	
Ergänzung Mobile Pressestelle 32/0416/XVI/2015	11
Inhaltsverzeichnis	13